

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.07.2012, Nr. 164, S. 8

Unüberbrückbare Gegensätze

Iran versteht es, im Nuklearkonflikt auf Zeit zu spielen und rote Linien zu unterlaufen / Von Horst Bacia

In der Iran-Diplomatie ist es ein alter Hut: Schon im Herbst 2009 tauchte in Verhandlungen über eine Entschärfung des Nuklearkonflikts mit der Islamischen Republik die Idee auf, angereichertes Uran aus iranischen Beständen gegen Brennstäbe für einen vierzig Jahre alten Forschungsreaktor in Teheran zu tauschen. Dieser Vorschlag - in seiner vorerst letzten Version von westlichen Diplomaten prägnant als "stop, shut and ship" charakterisiert - liegt auch bei den jüngsten Gesprächen wieder auf dem Tisch. Es ist vorerst die einzige Forderung der fünf Vetomächte im Weltsicherheitsrat und Deutschlands (5+1). Doch nach drei Verhandlungsrunden in Istanbul, Bagdad und Moskau zeigt die iranische Seite noch keine Bereitschaft, sich auf einen Brennstofftausch einzulassen.

Wegen unüberbrückbarer Gegensätze sind die Gespräche auf ein niedrigeres Niveau herabgestuft worden. Nach einem Treffen technischer Experten in Istanbul sollen sie Ende des Monats zunächst auf dieser Ebene fortgesetzt werden. Zugleich haben die Vereinigten Staaten und die EU mit harten, schon länger beschlossenen und zum Monatswechsel in Kraft getretenen Sanktionen den Druck auf das Regime erhöht. Erstmals zielen die Strafmaßnahmen auf den Erdöllexport, die Lebensader der iranischen Volkswirtschaft. Aber die Führung um Ajatollah Chamenei hat sich auch dadurch nicht beeindrucken oder zu einem Einlenken bewegen lassen.

Sechsmal ist Iran seit 2006 vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgefordert worden, die Anreicherung oder Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff auszusetzen. Diese Verpflichtung gilt; und zwar so lange, bis alle geheimen Aktivitäten des iranischen Nuklearprogramms, die unvereinbar sind mit dem Nichtverbreitungsvertrag, aufgeklärt wurden und kein begründeter Zweifel mehr besteht, dass dieses Programm tatsächlich nur friedlichen Zwecken dient. Trotz mehrfach verhängter Sanktionen hat sich das Regime aber souverän über alle Beschlüsse des Sicherheitsrates hinweggesetzt.

Das wirft die Frage auf, ob überhaupt Interesse an einer diplomatischen Lösung oder wenigstens einer Entschärfung des Konflikts besteht. Gerade der Vorschlag eines Brennstofftauschs in seinen verschiedenen Varianten zeigt, wie Iran es immer wieder verstanden hat, mit vorgeblicher Gesprächsbereitschaft die Lage zu seinen Gunsten zu verändern und vermeintlich unverrückbare rote Linien der Gruppe der 5+1 zu unterlaufen.

Die Idee eines Tauschs kam auf, als die iranische Regierung die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) im Sommer 2009 um Unterstützung beim Erwerb von Brennstoff für den Forschungsreaktor bat. Die von den Amerikanern noch an den Schah gelieferte Anlage dient heute vorwiegend der Strahlenbehandlung von Krebspatienten. Präsident Obama hatte im Wahlkampf Verhandlungen mit Teheran versprochen. Seine Regierung suchte beflissen nach neuen Ideen, um die Nukleardiplomatie wieder in Gang zu bringen. Nun sah sie die Chance zu einer Öffnung.

Am 1. Oktober 2009, bei Verhandlungen der 5+1 mit Iran in Genf, kam es zu einem bilateralen Treffen, bei dem die amerikanische Delegation ihren Vorschlag erläuterte: 1200 Kilo des auf 3,5 Prozent angereicherten Urans in iranischen Beständen sollten gegen 120 Kilo Brennstoff für den Forschungsreaktor mit einem Anreicherungsgrad von 19,75 Prozent getauscht werden. Gedacht war die diplomatische Initiative als vertrauensbildende Maßnahme. Eine schnelle Einigung sollte mehr Raum und Zeit für ausgedehntere Verhandlungen schaffen.

Wohl nicht zufällig entsprachen 1200 Kilo etwa der Menge, die gebraucht würde, um durch weitere Anreicherung waffenfähiges Material für eine einzige Atombombe herzustellen. Iran verfügte damals über etwa 1600 Kilo Uran mit niedrigerem Anreicherungsgrad. Die politische Bedeutung des Vorschlags, der zunächst auch in der amerikanischen Regierung umstritten war, lag auf der Hand. Das Regime würde den größten Teil des angereicherten Urans - dessen Herstellung nicht mit einem akuten zivilen Bedarf begründet werden konnte - abgeben und so ein gewisses Vertrauen schaffen, dass es nicht andere Absichten hege. Die Versorgung des Forschungsreaktors wäre auf Jahrzehnte gesichert worden. Darüber hinaus hätte ein Tauschgeschäft mit dem widerrechtlich angereicherten Uran sogar die Anreicherung selbst indirekt legitimiert. Dennoch ging die iranische Führung auf Obamas Kompromissangebot nicht ein. In den Verhandlungen über Einzelheiten des Brennstofftauschs trugen ihre Vertreter so viele Einwände und Ausflüchte vor, dass es nicht zu einer Einigung kam. Innenpolitische Auseinandersetzungen mochten dabei eine Rolle gespielt haben. Vieles spricht aber dafür, dass es dem Regime in erster Linie darum ging, das angereicherte Uran nicht aus der Hand zu geben.

Im Mai 2010 gab es dann doch noch eine Vereinbarung - mit Brasilien und der Türkei. Der in einigen Punkten veränderte Deal hatte jedoch einen Pferdefuß: Iran verfügte inzwischen über mehr als 2400 Kilo Uran mit einem Anreicherungsgrad von 3,5 Prozent und hatte im Februar 2010 mit der Anreicherung auf 19,75 Prozent begonnen. Beides ließ die Abmachung unberücksichtigt. Außerdem waren sich die Vetomächte gerade einig geworden, im Sicherheitsrat einen neuen Sanktionsbeschluss zu erwirken. Da erschien die überraschende Kompromissbereitschaft Teherans vor allem als Versuch, ebendies zu verhindern.

Heute, gut zwei Jahre später, hat Iran so viel niedrig angereichertes Uran angehäuft, dass es, nach der weiteren Anreicherung auf etwa 90 Prozent, für fünf oder sechs einfache Atombomben reichen würde. Daher besteht die Gruppe der 5+1 - wohlgemerkt immer noch als erste vertrauensbildende Maßnahme - mit berechtigter Dringlichkeit auf drei Forderungen: die Anreicherung auf 19,75 Prozent zu stoppen; die tief in einen Berg eingegrabene, weitgehend bombensichere Anlage bei Qom, wo diese Anreicherung zum Teil stattfindet, stillzulegen; und den höher angereicherten Vorrat - im Mai waren es, wie die IAEA berichtet hat, etwa 145 Kilo - außer Landes zu bringen und gegen Brennstoff für den Forschungsreaktor einzutauschen.

Ginge die Führung in Teheran darauf ein, verblieben immer noch mehr als 6000 Kilo des auf 3,5 Prozent angereicherten Urans im Land - und diese Anreicherung könnte zunächst fortgesetzt werden. Trotzdem lehnt sie jetzt einen Brennstofftausch ab, den sie früher, zu weniger günstigen Bedingungen, schon einmal akzeptiert hatte. Stattdessen verlangt Iran, sein angeblich aus dem Nichtverbreitungsvertrag abzuleitendes "unveräußerliches" Recht zur Urananreicherung offiziell anzuerkennen - die Anreicherung auf bis zu 20 Prozent eingeschlossen - und schon beschlossene Sanktionen aufzuheben.

Während die Verhandlungen wieder einmal nicht von der Stelle kommen, geht es mit der verbotenen Anreicherung weiter voran. Unzureichende Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrages ausnutzend, nähert sich das Regime dem Punkt, an dem es die Fähigkeiten zum Bau von Nuklearwaffen hätte. Zwar ist nach Ansicht amerikanischer Geheimdienste die Entscheidung zum Bau einer Bombe vermutlich noch nicht gefallen. Doch die iranische Führung legt es offensichtlich darauf an, sich diese Option zu schaffen. Und sei es auch nur zur Abschreckung.

Gespräche mit dem Regime über eine Entschärfung des Nuklearkonflikts haben bisher nie zu etwas Greifbarem geführt. Beide Seiten gewinnen dadurch allerdings Zeit. Iran nutzt sie, baut seine Kapazitäten zur Urananreicherung aus und verkürzt somit die Zeit, die für den Bau einer Bombe benötigt würde.

Auch die internationale Gemeinschaft und nicht zuletzt Präsident Obama, der mitten im Wahlkampf steht, haben ein Interesse, durch Verhandlungen mehr Zeit zu gewinnen. Andererseits kann dieses Spiel ohne konkrete Fortschritte nicht endlos so weitergehen.